

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 04/2021

28. Jahrgang

20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02. Juni 2021

## Rettung in letzter Minute

Schulentwicklungsplan vertagt – Durchbruch für die Gesamtschule



Eigentlich sollte am Mittwoch der erste integrierte Kita- und Schulentwicklungsplan – kurz IKSEP von den Stadtverordneten beschlossen werden. Die Zusammenführung der Planwerke für Kitas und Schulen war eine langjährige Forderung der LINKEN. Und große Teile der Planung für die Kitas und Grundschulen waren auch gänzlich unumstritten. Umso heftiger tobte der Streit um die neuen Standorte für weiterführende Schulen. Bereits mit dem letzten Schulentwicklungsplan hatte DIE LINKE hier erfolgreich eine Trendwende durchgesetzt – und den Bau von Gesamtschulen als integrierten Schulstandorten, die alle Abschlüsse anbieten. „Eine Schule für alle“ – zwar noch nicht ganz, aber auf dem Weg dahin. Doch auch die Nachfrage nach Gymnasialplätzen wächst und so akzeptierten LINKE und Grüne in den Vorverhandlungen bereits einen zusätzlichen Gymnasialstandort im Potsdamer Norden – entgegen der ursprünglichen Absichten aller drei Partner in der Rathauskooperation. Nicht akzeptieren wollten sie allerdings die Umwandlung des bereits beschlossenen Gesamtschulstandorts Pappelallee in ein Gymnasium. Die bereits seit 2 Jahren bestehende Schule „Am Schloss“ sollte nach dem Willen von Verwaltung, SPD, CDU und Anderen nach Krampnitz ziehen, um an der Pappelallee Platz für ein

weiteres Gymnasium zu machen. „Das wäre eine völlig falsche Weichenstellung. Die Gesamtschule ist nach wie vor die meist angewählte Schulform in Potsdam. Deswegen kann man auf diesen Standort nicht verzichten!“, sagte LINKEN-Fraktionschef Wollenberg, der auch Vorsitzender des Bildungsausschusses ist. „Die Schule „Am Schloss“ in eine völlig unsichere Situation nach Krampnitz zu verlegen, könnte im schlimmsten Fall sogar das Aus für die Schule bedeuten. Das wäre absolut unverantwortlich.“ In letzter Minute stoppte der Oberbürgermeister den Beschluss und die drohende Konfrontation innerhalb der Rathauskooperation. Auf Basis eines Vorschlags des Staatlichen Schulamts, das den Standort des Oberstufenzentrums in der Jägerallee als Dauerlösung für ein Gymnasium angeregt hatte, soll nun bis zu einer Sondersitzung am 23.6. eine Lösung erarbeitet werden, die der Schule „Am Schloss“ eine Perspektive an der Pappel- oder Jägerallee und einem geplanten Gymnasium den jeweils anderen Standort sichert. Für Potsdams Schüler\*innen ist das ein tolles Ergebnis und für DIE LINKE in der SVV ein großer Erfolg.

Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzender

## Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

... gebracht wurde in dieser Woche auch das Bürgerbegehren für einen Mietenstopp in der PRO Potsdam. Nach der kaum wirkenden Mietenbremse im Bund und dem am Bundesverfassungsgericht ge-



scheiterten Mietendeckel in Berlin ein weiterer Versuch, den Mietenanstieg zu begrenzen. Aber kann er gelingen? Der eben für die landeseigenen Wohnungen in Berlin gefasste Beschluss sieht eine Begrenzung des Mietenanstiegs auf 1% jährlich für die nächsten 5 Jahre vor. Das Bürgerbegehren fordert 1% in 5 Jahren – unbefristet. Das entspricht nicht einmal einem Zehntel der Inflationsrate – die Vermietung wäre schnell nicht mehr kostendeckend, Investitionen in Erhaltung und Wohnungsneubau ausgeschlossen. Der Herausfall der regulierten Mieten aus dem städtischen Mietspiegel würde sogar dazu führen, dass dieser weiter ansteigt. Gerade der Neubau preisgünstiger Wohnungen in städtischer Hand und der Umgang mit städtischen Flächen sind die Instrumente, mit denen eine Kommune Einfluss auf die Mietenentwicklung nehmen kann. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch: den Mietenwahnsinn wirksam stoppen kann man nur mit landes- und bundesgesetzlichen Regelungen. Eine Kommune allein kann das nicht leisten. Natürlich muss auch die PRO Potsdam ihren Beitrag dazu leisten – mit möglichst viel sozialem Wohnungsbau, mit dem weiteren Ausbau der flexiblen Belegungsbindungen, die Mieter\*innen gezielt fördern, die diese Unterstützung benötigen – und zwar da, wo sie wohnen. Dafür sehen wir unser kommunales Unternehmen als Partner – nicht als Gegner.

Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzende

## KGA Katharinenholzstraße unterliegt nun Veränderungssperre

Nach dem Grundsatzbeschluss der Stadtverordneten im Mai zur Rettung der KGA „An der Katharinenholzstraße“ in Bornstedt folgte am 02.06. durch sehr schnelle Zuarbeit der Verwaltung bereits der formelle Aufstellungsbeschluss und direkt im Anschluss ein weiterer



Dringlichkeitsbeschluss über eine nun für 2 Jahre gültige Veränderungssperre. In dieser Zeit hat die Verwaltung Gelegenheit, den Bebauungsplan in höchster Priorität zu bearbeiten. So lange dürfen keinerlei Veränderungen auf der Fläche erfolgen.

Dass dies leider nötig war, zeigte sich darin, dass der Investor den Pächter\*innen noch im Mai sehr kurze Fristen bis 10.6. zur Annahme von (schutzlosen und teureren) Erholungspachtverträgen oder bis 30.6. zur Räumung gesetzt hat – verbunden mit der Ankündigung, dass die Stadt ja gar keine Handhabe zur Rettung der KGA hätte. Dies sehen wir anders, denn ein rechtskräftiger Bebauungsplan kann die Fläche dauerhaft als KGA sichern.

Wir werden den Prozess weiter eng begleiten und alles dafür tun, die KGA-Fläche selbst und auch die diese seit Gründung 1964 nutzende Sparte zu retten. Wir werden in Potsdam keinen zweiten „Angergrund“ zulassen. Wir wollen unsere KGA vor Investoren schützen, die nur auf immer knapper werdenden Wohnraum spekulieren und mit solchen Flächen satte Gewinne einfahren wollen. Darüber hinaus wollen wir auch neue Flächen für KGA in der wachsenden Stadt entwickeln.

Tina Lange  
Stadtverordnete

## Fragen – Antworten

### Nutzung des ehemaligen Kino Charlott

In der Zeppelinstraße in Potsdam West steht direkt neben der Eisenbahnbrücke das ehemalige Kino Charlott. Seit einiger Zeit gibt es immer mal Bewegung rund um das verfallende Gebäude, es wurde bekannt, dass dort ein Bio-Markt einziehen soll, doch geschehen ist bisher so gut wie nichts. Stadtverordneter Sascha Krämer fragte dazu den Oberbürgermeister, mit welchem Nutzungszweck der Bauantrag eingereicht worden ist und wann dort endlich etwas passieren wird?

Baudezernent Bernd Rubelt antwortete darauf, dass der neue private Eigentümer des Gebäudes einen Bauantrag für eine denkmalgerechte Sanierung vorbereite, was jedoch noch andauere. Notfalls, sagte Rubelt, müssten ordnungsbehördliche Maßnahmen ergriffen werden, sollten die Pläne noch sehr viel länger auf sich warten lassen. Ein Biomarkt aber sei dort tatsächlich nach wie vor geplant.

### Uferweg Leipziger Straße

Seit unglaublichen zehn Jahren diskutiert die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung nun schon über die Gestaltung des Uferwegs hinter dem Wasserwerk in der Leipziger Straße. Es ist beschlossene Sache, dass er kommen soll, versprochen war nun ein Baubeginn noch in diesem Jahr. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) wird nicht müde, bei der Verwaltung nach der Umsetzung zu fragen. Noch fehlen die bei der ILB beantragten Fördermittel, mit denen der Bau finanziert werden soll. Baudezernent Bernd Rubelt erneuert dennoch sein Versprechen, mit dem Bau im Herbst zu beginnen. Dann sollen Bäume gefällt und die Vorbereitungen für den Weg begonnen werden.

### Zugang zum außerschulischen Lernort ermöglichen

Der an der Nuthe gelegene Lernort, im Wohngebiet „Am Stern“ hat nur einen einzigen Zugang. Dieser ist noch immer wegen morscher Pappeln aus Sicherheitsgründen gesperrt, was eine Nutzung unmöglich macht. Stadtverordneter Sascha Krämer (DIE LINKE) ist im vergangenen Herbst bei einem Vor-Ort-Termin dabei gewesen, wo eine langfristige Öffnung des Weges in Aussicht gestellt worden ist, bei gleichzeitiger naturnaher Entwicklung des Geländes. Baudezernent Bernd Rubelt machte auf die nun von Krämer gestellte Frage hin deutlich, dass es sich um Kosten von 1,8 Millionen Euro handele, die man

benötige, um dieses Ziel realisieren zu können. Dazu seien Fördermittel beim Umweltministerium beantragt worden, allerdings sei nicht damit zu rechnen, dass der Zugang zum außerschulischen Lernort vor Ende 2022 wieder freigegeben werden könne.

## Beschlossen

### Aufenthaltsqualität des Johann-Bouman-Platzes verbessern

Im Bornstedter Feld gibt es einen Platz, der bislang zu großen Teilen versiegelt ist. Erst vor wenigen Jahren ist er nach einem Wettbewerb für 400.000 Euro derart gestaltet worden, das Grün im angrenzenden Park sei ausreichend, nahm man zu der Zeit an. Nun beschloss die aktuelle Stadtverordnetenversammlung auf Grundlage eines gemeinsamen Antrags der Rathauskooperation die Entsiegelung. Mehr Grün, mehr Bäume, Spielgeräte und Wasserspender sind im Gespräch. Noch im Herbst diesen Jahres soll die Stadtverwaltung Ideen zur Verschönerung des Platzes vorbringen.

### Ökologische Umgestaltung und Aufwertung des Randes des Neuen Lustgartens und des Platzes vor dem Filmmuseum

Ein ganz ähnliches Bestreben verfolgt der Antrag der LINKen für mehr Grün vor dem Filmmuseum sowie an den Rändern des Neuen Lustgartens. Die Stadtverordneten haben beschlossen, durch das Nachpflanzen von Bäumen sowie dem Rückbau der breiten steinernen Einfassungen der Rasenflächen vor dem Filmmuseum auch an diesem Ort für eine höhere Aufenthaltsqualität zu sorgen.

### Teilhabe für Kinder und Jugendliche unbürokratisch gestalten

Das Bildungs- und Teilhabepaket der Stadt Potsdam soll dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche aus finanzschwachen Familien einen niedrigschwelligen Zugang zu Bildungs-, Sport-, und Freizeitangeboten erhalten. Kostenloses Schul- und Kitaeessen, Schulausflüge oder Sport-, bzw. Musikunterricht sollen für sie aus diesem Paket finanziert werden.

DIE LINKE hat dazu beantragt zu prüfen, ob für die Berechtigten eine elektronische Karte als Nachweis eingeführt werden kann, mit der die Leistungen unbürokratisch in Anspruch genommen werden und

direkt mit der Verwaltung abgerechnet werden können. Dabei sollen Beispiele aus anderen Städten, in denen es eine solche Karte bereits gibt, berücksichtigt werden. Diesem Antrag ist in dieser Form mehrheitlich gefolgt worden.

## **Parkflächen an Ladesäulen**

Im letzten Rathausreport berichteten wir über den Antrag, Parkflächen an Ladesäulen für Elektroautos frei von Gebühren zu gestalten. Nur, wenn die Infrastruktur in der Stadt die Nutzung der umweltfreundlicheren Autos barrierefrei erlaubt, werden sich mehr und mehr Potsdamerinnen und Potsdamer für einen Umstieg entscheiden. Die Stadtverordnetenversammlung hat diesem Antrag nun zugestimmt und betont, dass die Nutzung der Parkflächen an das Laden des Elektroautos gebunden sein wird und nur dann kostenfrei möglich ist.

## **Maßnahmen für eine bessere Sichtbarkeit antifaschistischen Gedenkens**

Auch Potsdam ist Teil der deutschen Geschichte, auch hier war der Faschismus des zweiten Weltkrieges nicht nur eine bloße Erzählung. Zahlreiche Orte und Plätze, Stolpersteine und Straßennamen erinnern an die Menschen, die den Nazis zum Opfer fielen. Ein gemeinsamer Antrag der Rathauskooperation mit der Fraktion DIE aNDERE möchte diese Erinnerungskultur nun stärken und die neuen Möglichkeiten der digitalen Weiterentwicklung nutzbar machen. Es soll eine "antifaschistische Gedenkkultur in der Stadt gefördert werden und die Zeit des Nationalsozialismus in diversen Geschichtsprojekten der Öffentlichkeit zugänglich" gemacht werden. Zum Beispiel über eine digitale Karte auf der Website der LHP, auf der Antifaschistische Gedenk- und Erinnerungsorte vermerkt werden. Auch die Stolpersteine in der Stadt sollen darauf zu finden sein. Daneben beschlossen die Stadtverordneten auch, biographische Informationen zu Potsdamer Bürger\*innen auf der Homepage zu veröffentlichen, die mit der Auszeichnung "Gerechte unter den Völkern" geehrt worden sind. Diese Auszeichnung des Staates Israel ehrte Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens das ihrer jüdischen Mitbürger\*innen zu schützen versucht haben. Ein weiterer Punkt des Antrags bezieht sich auf die Route des Todesmarsches, der im Februar 1945 aus dem KZ Lieberose in das KZ Sachsenhausen führte. Nicht vielen ist heute noch bekannt, dass dieser Marsch über das Potsdamer Stadtgebiet führte. "Wir können nur aus der Vergan-

genheit lernen, wenn wir uns mit ihr auseinandersetzen. Dazu soll nun eine wissenschaftliche Untersuchung des Todesmarsches beauftragt werden, bei der geprüft werden soll, wie die Route und wichtige Orte in geeigneter Weise ausgeschildert und sichtbar gemacht werden können. Denn es ist ganz klar: Ein Vergessen darf es nicht geben!

## **Pflege vor Ort gestalten**

Das Landesprogramm Pflege vor Ort wird in der LHP noch nicht genutzt. DIE LINKE beantragte aus diesem Grund gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Oberbürgermeister zu beauftragen eine Liste mit Projekten zu erstellen, die mit den Mitteln dieses Programms umgesetzt werden können. Das Netzwerk Gut Alterwerden und der Seniorenbeirat der Stadt Potsdam sollen bei der Erstellung der Liste herangezogen werden. Das Ergebnis soll Ende September der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt werden.

## **Verkehrsberuhigung in Grube**

Von der Bundesautobahn A 10 fahren zahlreiche Kraftfahrzeuge an der Anschlussstelle Töplitz/Leest ab. Dies bedeutet eine erhebliche Belastung der Gemeinde Grube, durch den Verkehr, vor allem der LKW, die durch den Ort fahren. Die Stadtverordnetenversammlung hat nun beschlossen zu prüfen, ob eine Durchfahrt durch den Potsdamer Ortsteil Grube für Kraftfahrzeuge über einer zulässigen Gesamtmasse von 3,5t ausgeschlossen werden kann.

## **Digitale Abstimmungen in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung**

Die Corona-Pandemie hat zahlreiche Abläufe zum Erliegen gebracht. Sich nicht mehr persönlich treffen zu können hat auch Auswirkungen auf die Kommunalpolitik und Verwaltung, wie auch die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung zu spüren bekam. Nun soll die Verwaltung prüfen, ob digitale Abstimmungen der Potsdamer SVV möglich sind. Insbesondere bei Fragen der IT-Sicherheit, Rechtssicherheit, Transparenz und Partizipation ist eine gründliche Prüfung unerlässlich. Auch das Kosten-Nutzen Verhältnis soll Berücksichtigung finden. Im zweiten Quartal 2022 soll das Ergebnis der Prüfung vorgestellt werden.

## **Eisverkauf im BUGA-Volkspark**

Noch bis Ende 2021 läuft ein Vertrag, der die Pächter im Volkspark im Bornstedter Feld verpflichtet, ausschließlich Eis der

Marke Langnese zu verkaufen. Dies sei im Januar 2018 vereinbart worden, um besonders günstige Konditionen zu erhalten und einen Beitrag zur Kostendeckung im Parkbetrieb zu leisten. Über dieses Monopol beschwerten sich die Anwohnenden zunehmend, die sich mehr regionale Eismarken im Verkauf wünschen. Die Fraktion DIE aNDERE stellte darum zusammen mit der Fraktion DIE LINKE den Antrag, dass kein neuer Vertrag abgeschlossen werden soll, der einen alleinigen Verkauf ausschließlich von Langnese-Eis festschreibt. Diesem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt worden. Nicht nur die Anwohnenden können sich also im nächsten Sommer auf regionale Eismarken und mehr Vielfalt freuen.

## **Betrugung des KEvB mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse**

Das Klinikum Ernst von Bergmann wird laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung für eine Dauer von 10 Jahren mit der Wahrnehmung von Dienstleistungsaufgaben auf dem Gebiet der LHP betraut. Der sogenannte Verlustausgleich soll in Höhe von 53 Prozent der erwarteten Kosten von 42 Millionen Euro durch die Stadt getragen werden. So soll der Verbleib des Klinikums im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes gewährleistet werden. Trotz des Corona-Ausbruchs mit zahlreichen Skandalen im städtischen Klinikum, den dadurch entstandenen Auflagen zur Verbesserung in Pflege und Hygiene, müssen die Mitarbeitenden angemessen bezahlt werden. Teil dieses Finanzierungsprogramms muss ein allgemeines Sparen der Stadt im Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, aber auch darüber hinaus sein, um diese Mehrbelastung tragen zu können. Doch die finanzielle Neuausrichtung des Klinikums und die Anhebung der Standards sowie die Aufarbeitung von Fehlern der Vergangenheit sind notwendig, soll das kommunale Klinikum Ernst von Bergmann weiter der zentrale Standort und Gesundheitszentrum nicht nur für die Landeshauptstadt selbst bleiben.

## **Skulpturenpfad "Walk of Modern Art"**

Der Skulpturenpfad soll nun endlich verlängert werden. Auf Antrag der Rathauskooperation sollen verstärkt auch regionale Akteure einbezogen werden. Die Kunstwerke aus der DDR Zeit und nach 1990 sollen in einem Stadtführer im Überblick publiziert werden. Beginnend an der Schiffbauergasse bis zum neuen Kreativquartier an der Plantage soll der Walk of Modern Art nun führen.



### 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

MBS Arena Potsdam  
Olympischer Weg 2, 14471 Potsdam  
25. August 2021, Beginn 15 Uhr

### Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 5/2021

01. September 2021

### Bürgersprechstunde von Stefan Wollenberg Fraktionsvorsitzender

15. Juni 2021 von 15 bis 17 Uhr

20. Juli 2021 von 15 bis 17 Uhr

10. August von 15 bis 17 Uhr

nur telefonisch!

Persönliche Termine nach telefonischer Vereinbarung

01725143825

### Bürgersprechstunde von Dr. Sigrid Müller Fraktionsvorsitzende

16. Juni 2021 von 10 bis 11:30 Uhr

05. Juli 2021 von 10 bis 12 Uhr

16. August 2021 von 10 bis 12 Uhr

ausschließlich telefonisch:

Telefon 0173-6171150

Mail: [dielinke-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de](mailto:dielinke-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de)

### Rathausreport live

Muss im Juni aus Infektionsschutzgründen leider entfallen.

## 28 Jahre Rathausreport - Zeit für einen Neuanfang

Die erste Ausgabe des heute so beliebten Rathausreports erschien im Januar 1993. Die 38. Sitzung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hatte getagt, die Fraktion DIE LINKE berichtete von nun an nach jeder Sitzung ohne Unterbrechung. Fragen an die Verwaltung, Anträge und Diskussionen, so destillierte der Rathausreport stets die wichtigsten Informationen aus Linker Sicht. Zunächst in einer Auflage von 7.000 Stück, druckten wir nach 20 Jahren kontinuierlich über 16.500 pro Ausgabe, die stets ihre Leserinnen und Leser fanden. Auch das Veranstaltungsformat „Rathausreport Live“ war bis zum Beginn der Corona-Pandemie gut besucht und informierte in den unterschiedlichen Potsdamer Wahlkreisen Interessierte über brennende Themen. Bürgernähe, das war stets das Ziel, sowohl mit der Zeitung selbst, als auch mit den Diskussionen am Rande.

Der Rathausreport wurde und wird von Journalisten und Journalistinnen geschrieben und gestaltet. Begonnen hat es mit Dr. Klaus Huhn, dessen Grundausrichtung des Reportes stets beibehalten worden ist. Seit 1996 bis 2001 war Ralph Altmann federführend für die Texte verantwortlich, auf ihn folgte Gerlinde Krahnert und Rainer Dyk, bis zum Jahr 2009. Danach übernahm das Journalistenbüro medienpunkt Potsdam mit dem Layouter HaJo Eggstein. In jüngster Vergangenheit übernimmt den gestalterischen und Textenden Part Sophie Sumburane.

Bei allen, die zum Gelingen des Rathausreports und dem Jahrzehntelangen Bestehen beigetragen haben, möchten wir, das Redaktionsteam sowie die aktuelle Fraktion DIE LINKE uns herzlich bedanken. Die hohe Qualität der Berichte über diese vielen Jahre ist nur durch viel Engagement zu erreichen!

Hervorzuheben sind auch die zahlreichen Sonderausgaben und Extrablätter, die im Laufe der Jahre zu den unterschiedlichsten Themen erschienen sind:

1993: Sonderausgabe  
Vorstellung der PDS-Kandidaten und des PDS-

OB-Kandidaten Rolf Kutzmutz zu den Kommunalwahlen 1993

1994: Beilage zum Rathausport Nr. 4/94 zur 5. Sitzung der SVV zur Wahl / bzw. der Nichtwahl der 5 Beigeordneten

1996: Sonderausgabe Halbjahresbilanz der Fraktion

1998: Sonderausgabe vom 08.01.1998  
„Die PDS und der Fall Kaminski“

1998: erschien der „Theaterreport“ in dem Layout des Rathausreports als Broschüre

2003: Sonderausgabe im Dezember aus Anlass „10 Jahre Rathausreport“

2003: Sonderdruck im Dezember Vorstellung der Mitglieder der PDS-Fraktion und der PDS-Ortsbeiräte

2008: Sonderausgabe im Sommer Bilanz der Fraktion für die Wahlperiode 2003 – 2008

2013: Sonderausgabe im Sommer aus Anlass 20 Jahre Rathausreport

2017: Sonderausgabe im Dezember aus Anlass Jahresrückblick 2017

2019: Sonderausgabe April aus Anlass Bilanz WP 2014-2019

Nun, nach fast 30 Jahren geht der Rathausreport in einem neuen Format auf. Die Potsdamer Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE „Potsdams andere Seiten“ erfährt eine Neugestaltung, die auch den Rathausreport mit einschließt. Zukünftig werden diese beiden Publikationen gemeinsam erscheinen. So, das ist das Ziel, werden sie sich gegenseitig bereichern und die Potsdamer\*innen noch umfangreicher und stets aktuell über die LINKEN Themen der Stadt informieren.

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,  
14469 Potsdam

E-Mail: [DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de](mailto:DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de)

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam